

wird die neutralisirte Flüssigkeit sofort der Vergärung unterworfen. Das Rohmaterial für das Verfahren steht be.annützlich sehr niedrig im Preise. (D. R.-P. Nr. 66 158 vom 15. November 1891).

Steuerfreier Branntwein zu Heilzwecken. Neuerdings sind in umfassendem Maße Versuche gemacht worden, die für alkoholartige Heilmittel und Parfümerien zugestandene Befreiung von der Branntweinsteuer für solche Fabrikate in Anspruch zu nehmen, zu deren Herstellung theils viel geringere als die in dem Arzneibuche für das Deutsche Reich vorgeschriebenen Mengen von Zusatzstoffen und zwar unter Täuschung der Steuerbeamten, theils nur ganz geringe Mengen möglichst billiger und die Genießbarkeit des Branntweins wenig beeinflussender Zusatzstoffe verwendet worden waren. Die in dieser Weise hergestellten Fabrikate verdienen die ihnen beigelegte Bezeichnung als Heilmittel und Parfümerien nicht und gefährden in hohem Maße das Steueraufkommen, da sie mit Leichtigkeit von den Beimischungen befreit und alsdann zu Trinkzwecken mißbraucht, oder auch ohne jede Ausscheidung jener wenig wirksamen Stoffe Trinkbranntwein zugesetzt und in diesem ohne Weiteres genossen werden können. Bei den billigen Preisen, zu denen derartige Fabrikate, öfters ballon- oder faßweise, angeboten werden, ist der Gewinn für Denjenigen, der diese Fabrikate zu Genußzwecken mißbraucht, sehr hoch, der Anreiz zu solchen Hinterziehungen mithin groß. Dementsprechend ist es auch aufgefallen, daß manche Gewerbetreibende neuerdings unverhältnißmäßig große Mengen von Branntwein zur steuerfreien Verwendung zu Heil- und Parfümeriezwecken anmelden. Auf Grund dieser Wahrnehmung hat, wie wir erfahren, der Finanzminister die Provinzial-Steuer-Direktionen veranlaßt, den in Rede stehenden Gegenstand der besonderen Aufmerksamkeit der betheiligten Beamten zu empfehlen und Zuwiderhandlungen der bezeichneten Art geeignetenfalls mit Entziehung der Befugniß zur Herstellung von Heilmitteln und Parfümerien aus steuerfreiem Branntwein zu bestrafen.

„Die Brennerzeitung“, ertheilt auf folgende Frage nachstehende zutreffende Antwort.

Frage. Durch den Ober-Controleur werde ich aufgefordert, meinen Dampfkessel, mein Schlempe-Bassin und Wasser-Reservoir als Inventar der Brennerie anzumelden. Bin ich hierzu verpflichtet? Zu Ihrer Information führe ich an, daß der Dampfkessel in dem von dem Brenneriegebäude durch eine massive Wand getrennten Kesselhause liegt, während das Schlempe-Bassin über dem an das Brenneriegebäude angrenzenden Kuhstall befindlich und mit dem Apparaten durch ein Rohr in Verbindung steht; auch das Montejus befindet sich außerhalb des Brenneriegebäudes. Das Wasser-Reservoir dagegen liegt über dem Brennraum.

Antwort: Nach den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen (wohin gehören dürften vom alten Gesetze vom 8. Juli 1868 die §§ 6, 11 und 59, sowie §§ 42 und 43 des neuen Paragraphen) müssen der Steuerbehörde sämtliche zum Brenneriebetriebe gehörige Geräthe, unabhängig davon, ob sie in der Brennstube selbst oder in einem angrenzenden Nebenraume stehen, in der gehörigen Weise angemeldet werden: z. B. Blasen, Helme, Maisch- und Vorwärmer, Kolonnen- und andere mehrtheilige Brenngeräthe, Kühlgeräthe, Branntweinsammelgefäße, Maischbottiche, Vormaischbottiche, Dampfkessel, Dampfzylinder, Kartoffeldämpfer und andere Dampfgefäße, Quellsbottiche, Kartoffelwasch-, Malzeinteig-, Hefen- und Schlempegefäße, Maisch-, Lutter- und andere Behälter u. s. w. Der Anmeldung bedürfen nicht: die Rohrleitungen und Pumpen, die Röhren und Rinnen zur Ueberleitung von Maische in die Maischkühlgeräthe, Maischbottiche, Maischbehälter u. s. w. Die Bestimmung im § 42 Absatz IV des Branntweinsteuer-gesetzes vom 24. Juni 1887 besagt nur, daß diejenigen Brennerien, welche anstatt der Maischbottich- oder Material-

steuer den Zuschlag entrichten, zur Größe und Zahl ihrer Nebengefäße, als: Hefengefäße, Maischbehälter u. s. w. eine Genehmigung nicht nöthig haben, einer Anmeldung bedürfen sie aber immer. Der Ober-Controleur ist also im Rechte.

Verfahren zur Bereitung von Preßhefengut aus Melassen und dergl.

Von Dr. Gerhard Francke und Oskar Emil Bycander in Berlin.

Patentirt im Deutschen Reiche vom 18. Juni 1892 ab.

Den Gegenstand dieser Erfindung bildet ein Verfahren zur Bereitung eines zur Erzeugung von heller Preßhefe guter Qualität geeigneten Hefengutes aus Melassen, Syrupen und ähnlichen Zuckersäften, welche bisher ihrer dunklen Farbe und ihres unangenehmen Geruches wegen untauglich für diesen Zweck erachtet wurden, indem sie jene der Hefe mittheilten.

Das Verfahren gründet sich auf die Beobachtung, daß die genannten Materialien durch geeignete Einwirkung von Milchsäure entfärbt und bezüglich ihres Geruches in vortheilhafter Weise verändert werden.

Das Verfahren besteht nun darin, daß man die (im Bedarfsfalle zuvor verdünnte auf etwa 75° C. erwärmte und mit Schwefelsäure oder Salzsäure neutralisirte) Melasse Syrup etc.) zunächst mit dem zur Hefebildung nöthigen Proteingehalt versieht, durch Zusatz von geeigneten proteinhaltigen Materialien (wie Malzkeime, Roggenkleie, Lupinen, Bicken, Erbsen und ähnlichen, entweder im Zustand passender Zerkleinerung oder in Form von Extrakten) und darauf bei einer Temperatur von 50—55° C. der Einwirkung von verdünnter Milchsäure aussetzt, bis Entfärbung eingetreten ist, wozu eine Einwirkungsdauer von 15 bis 20 Stunden genügt.

Die erforderliche Menge der Milchsäure richtet sich nach der Beschaffenheit des zu behandelnden Rohgutes.

Man kann das Verfahren entweder so ausführen, daß man das Rohgut mit fertiger Milchsäure versetzt, oder so, daß man etwas Maische oder Milch hinzusetzt, in welcher man reines Milchsäureferment erzeugt hat.

Nach bewirkter Entfärbung wird das Gut durch Filterpressen bezw. Klärbottiche filtrirt und ist dasselbe jetzt fertig zur Vergärung, welche in der üblichen Weise unter Einblasen von Luft ausgeführt wird.

In der beschriebenen Weise behandelt, ergeben selbst dunkelste Melassen helle Hefen von guter Beschaffenheit.

Tabaksteuer.

Berlin, den 4. April 1893.

In einem Schreiben des Herrn Reichskanzlers an verschiedene Bundesregierungen vom 27. März 1893 (R. S. A. II 861) ist die Voraussetzung ausgesprochen worden, daß die auf Grund des § 19 Abs. 3. des Privatlager-Regulativs von den obersten Landesfinanzbehörden zu ertheilende Genehmigung zum Entrippen von ausländischem Tabak auf Privatlagern überaß an die Bedingungen des auf den inländischen Tabak bezüglichen Beschlusses des Bundesraths vom 5. Februar 1891, § 64 der Protokolle, geknüpft werden werde.

Zölle.

Durch Bundesrathsbeschluß vom 13. April 1893 ist der Petroleumfaßzoll, gegen den auch unser Blatt zahlreiche Artikel gebracht hat, nunmehr aufgehoben worden. Es wird dies nicht nur von den betheiligten Handelskreisen sondern auch von den Zollbeamten, welchen dieser Zoll große Mehrarbeit verursacht freudig begrüßt werden.

Verfügung des Hamburger Generaldirektors.

d. d. Hamburg, den 3. März 1893. III 4000.

Die Erinnerung etc. wird hiermit dahin entschieden, daß die aus einer 14 cm im Quadrat großen Sohllederplatte